

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Zurückweisung der Kriminalisierung der Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland"

1. Der Thüringer Landtag weist den Kriminalisierungsversuch der Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland" der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" durch den CDU-Landesvorstand Thüringen in aller Deutlichkeit zurück. Zugleich kritisiert der Thüringer Landtag die durch die Staatsanwaltschaft Meiningen veranlasste Beschlagnahme von Ausstellungstafeln als unverhältnismäßig und damit offensichtlich rechtswidrig.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das Vorliegen von durch die Staatsanwaltschaft Meiningen bei der Beschlagnahme der Ausstellungstafeln begangenen Rechtsverstößen im Rahmen ihrer Kompetenzen zu prüfen und unverzüglich den Justizausschuss über die Prüfergebnisse in Kenntnis zu setzen.

Begründung:

Am 22. Februar 2011 beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Meiningen zwei Tafeln der Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland". Anlass für die Beschlagnahme zur Prüfung eines vermeintlich vorliegenden Straftatbestandes sei laut Presseveröffentlichung eine Anzeige des CDU-Landesvorstands gegen das Suhrler "Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus".

Ein Beschlagnahmebeschluss der Staatsanwaltschaft, ein Beschlagnahmeprotokoll sowie ein Aktenzeichen würden nach Aussage der Staatsanwaltschaft nicht existieren bzw. wurde die Kenntnisnahme dem Eigentümer der Ausstellung verweigert. Zudem sei es der Staatsanwaltschaft egal, ob die Prüfung eines vermeintlichen strafbaren Inhalts auch durch die Kenntnisnahme der im Internet ohne Einschränkungen vollumfänglich lesbaren Ausstellung bzw. durch Fotografieren der fraglichen Tafeln hätte erfolgen können. Die Beschlagnahme erfolgte laut Aussage der Staatsanwaltschaft Meiningen zur Gefahrenabwehr. Die Ausstellung einschließlich der beiden beschlagnahmten Tafeln wurde bereits in mehr als 50 Städten der Bundesrepublik Deutschland gezeigt.

Inhaltlicher Anstoß des Versuchs der Kriminalisierung durch den CDU-Landesvorstand und das mehr als fragwürdige Agieren der Staatsanwaltschaft Meiningen sind folgende Inhalte:

- Tafel 21: Verpasster Neuanfang - Fragwürdige Erben

"Ergebnisse des 2. Weltkrieges werden in Frage gestellt
Bis 1970 akzeptierte die Bundesrepublik die deutsche Ostgrenze nicht. Bis heute werden in den staatlich geförderten Landsmannschaften Gebietsforderungen gegen Nachbarländer erhoben.

Berlin, 22.08.2009: Die Vorsitzende des BdV Erika Steinbach (CDU) spricht am 'Tag der Heimat' des Bundes der Vertriebenen."

- Tafel 22: Inhaltliche Parallelen

"Neofaschisten profitieren davon, dass ihre Vorstellungen auch bei anderen Menschen in Bruchstücken vorkommen. Durch Studien wird gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber Frauen, Migranten, Obdachlosen, Drogenabhängigen, Homosexuellen, Muslimen und Juden in erheblichen Teilen der Bevölkerung belegt. An diese Vorurteile knüpfen immer wieder demokratische Politiker und Medien an und eröffnen Neofaschisten dadurch Handlungsspielräume.

Einige tausend CDU-Mitglieder unterzeichneten den Appell 'Linkstrend stoppen' vom Februar 2010, in dem gegen den angeblichen Linkstrend der Partei polemisiert wird. Inhaltlich gibt es deutliche Überschneidungen zu den Themen und Thesen der neofaschistischen Szene.

'Wir haben zu viele kriminelle junge Ausländer'
Roland Koch, CDU, Ministerpräsident Hessen, 28.12.2007, Bild-Zeitung

'Die Diskussion nach der Karlsruher Hartz-IV-Entscheidung hat sozialistische Züge ... Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein.'
Guido Westerwelle, FDP, Außenminister, 11.02.2010, Die Welt

'Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate ... Man muss davon ausgehen, dass menschliche Begabung zu einem Teil sozial bedingt ist, zu einem anderen Teil jedoch erblich. Der Weg, den wir gehen, führt dazu, dass der Anteil der intelligenten Leistungsträger aus demographischen Gründen kontinuierlich fällt.'
Thilo Sarrazin, SPD, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, 04.10.2009, Lettre International (Nr. 86/2009)"

Offensichtlich missbraucht der CDU-Landesvorstand das Mittel der Strafanzeige zur Zensur einer missliebigen Kritik von CDU-Politikerinnen und -Politikern und der CDU nahe stehenden Politikerinnen und Politikern und Organisationen. Dass sich die Staatsanwaltschaft Meiningen dem Vorwurf aussetzt, durch die voreilige Beschlagnahme den öffentlichen Kriminalisierungsversuch zu stützen und als Erfüllungsgehilfe des CDU-Landesvorstands politisch zu agieren, ist ebenso deutlich zurückzuweisen wie auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte des politischen Missbrauchs formal neutraler staatlicher Behörden mehr als bedenklich. Dass das Ergebnis nach kurzer Inaugenscheinnahme durch die Staatsanwaltschaft lautet, dass kein Straftatbestand vorliegt, die Tafeln daraufhin zurückgegeben werden mussten, war nicht anders zu erwarten. Dieses Ergebnis hätte aber ebenso schnell festgestellt werden können, wenn man die Ausstellung im Internet (<http://neofa-ausstellung>.

vvn-bda.de/) gesichtet hätte, anstatt durch eine Beschlagnahme derartig weitreichend in die Grundrechte eingreifen zu müssen. Nur hätte dabei kein öffentlicher politischer und offensichtlich beabsichtigter Effekt erzielt werden können.

Um zu vermeiden, dass Vertreterinnen und Vertretern konservativer Organisationen und Parteien in einer Ausstellung über Neofaschismus unter dem Stichwort "inhaltliche Parallelen" auftauchen, sollte man nicht die Ausstellung mit fragwürdigen Mitteln bekämpfen, sondern diese Parallelität in den eigenen Reihen.

Für die Fraktion:

Blechsmidt